

// Im Blickpunkt

Mit den gleichlautenden Landererlassen zur Bewertung des Betriebsvermögens und von Anteilen an Kapitalgesellschaften für Zwecke der Erbschaft-/Schenkungsteuer und den praktischen Auswirkungen befasst sich *Neufang*. Er kommt zu dem Ergebnis, dass das vereinfachte Ertragswertverfahren entgegen der Intention des Gesetzgebers in vielen Fällen nicht anwendbar ist. Auch bestehe die Gefahr der Überbesteuerung, die nur durch den Nachweis eines niedrigeren gemeinen Werts abgewendet werden kann – für Steuerberater ein neues Betätigungsfeld.

Udo Eversloh, Ressortleiter Steuerrecht

**Entscheidungen****BFH: § 8b Abs. 4 S. 2 Nr. 2 KStG 1999/2002 verstößt nicht gegen Normenklarheitsgebot**

Der BFH hat durch Urteil vom 18.3.2009 – I R 37/08 – entschieden: Die Rückausnahme des § 8b Abs. 4 S. 2 Nr. 2 KStG 1999/2002 in den Fassungen des UntStFG und des sog. Korb II-Gesetzes setzt voraus, dass weder die in Hs. 1 definierten negativen Tatbestandsmerkmale noch das in Hs. 2 definierte negative Tatbestandsmerkmal vorliegen. Letzteres umfasst auch den Fall, dass die durch einen nicht von § 8b Abs. 2 KStG 1999/2002 begünstigten Steuerpflichtigen eingebrachte Beteiligung im Rahmen einer Bargrundung entstanden ist. Die Regelungen verstieen nicht gegen das Gebot der Normenklarheit.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2003-1 unter www.betriebs-berater.de (PM BFH vom 2.9.2009)

BFH: Begründung eines gewerblichen Grundstückshandels

Der BFH hat durch Urteil vom 24.6.2009 – X R 36/06 – entschieden: Die Einbringung eines Grundstücks in eine vom Steuerpflichtigen beherrschte GmbH vor Fertigstellung des Gebäudes ist bei der Beurteilung eines gewerblichen Grundstückshandels als Anhaltspunkt für das Vorliegen einer unbedingten Veräußerungsabsicht heranzuziehen. Der Gewinn, der anlässlich der Einbringung eines Grundstuckshandelsbetriebs in eine GmbH entsteht, ist aufgrund der Rechtsgrundsätze zum gewerblichen Grundstückshandel gewerbsteuerbar und -pflichtig. Nach den Umständen des Streitfalls hat der Kläger von Anfang an beabsichtigt, die erworbene Wohnung zu teilen, um anschließend die neu entstandenen Wohnungen zu veräußern. Das Grundstück habe deshalb ab dem Erwerb zum Umlaufvermögen eines gewerblichen Grundstückshandels gehört und sei im Wege der Einbringung an die beherrschte GmbH veräußert worden.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2003-2 unter www.betriebs-berater.de (PM BFH vom 9.9.2009)

BFH: Keine Differenzbesteuerung bei unzutreffend differenzbesteuertem Vorlieferung

Der BFH hat durch Urteil vom 23.4.2009 – V R 52/07 – entschieden: Ein Wiederverkäufer kann nicht die Differenzbesteuerung nach § 25a Abs. 1 Nr. 2 S. 2 Buchst. b UStG bzw. Art. 26a der Richtlinie 77/388/EWG für die Weiterveräußerung eines Gegenstands beanspruchen, wenn er den Gegenstand von einem Unternehmer erworben hat, der für diese Lieferung zu Unrecht die Differenzbesteuerung angewendet hat.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2003-3 unter www.betriebs-berater.de

BFH: Durchführung von Kanutouren für Schulklassen nicht umsatzsteuerbefreit

Der BFH hat durch Urteil vom 12.5.2009 – V R 35/07 – entschieden: Die Durchführung von Kanutouren für Schulklassen ist nicht gem § 4 Nr. 23 UStG von der Umsatzsteuer befreit. Es handele sich nicht um eine „Aufnahme“ der Jugendlichen für Erziehungs-, Ausbildungs- oder Fortbildungszwecke im Sinne dieser Vorschrift, wenn die Gesamtverantwortung bei den Lehrern verbleibt.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2003-4 unter www.betriebs-berater.de (PM BFH vom 9.9.2009)

BFH: Hinzurechnung steuerfreier Einkünfte zur Bemessungsgrundlage der Kirchensteuer

Der BFH hat durch Urteil vom 1.7.2009 – I R 76/08 – entschieden: Die Hinzurechnung von nach dem sog. Halbeinkunftsverfahren steuerfreien Einkünften zur Bemessungsgrundlage der in Baden-Württemberg erhobenen Kirchensteuer kann nicht durch Verrechnung mit im betreffenden Veranlagungszeitraum nicht verbrauchten Verlustvorträgen neutralisiert werden.

Der Umstand, dass den Klägern für das Streitjahr noch nicht durch Verrechnung verbrauchte Verlustvorträge zur Verfügung gestanden haben, führt nicht zu einer Reduzierung der Kirchensteuer. Verlustvorträge gemäß § 10d EStG 2002 verringern die Bemessungsgrundlage der Zuschlagsteuern nur insoweit, als sie mit dem Gesamtbe-

trag der Einkünfte verrechnet werden und damit das nach § 2 Abs. 5 EStG 2002 zu versteuernde Einkommen als Ausgangsgröße der Berechnung der Zuschlagsteuern gemäß § 51a Abs. 2 EStG 2002 mindern. Eine weiter gehende Verwendung von Verlustvorträgen für Zwecke der Zuschlagsteuern sieht das Gesetz nicht vor. Das Fehlen einer Verrechnungsmöglichkeit verstößt nicht gegen den allgemeinen Gleichheitssatz.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2003-5 unter www.betriebs-berater.de

Verwaltungsanweisungen**BMF: Entfernungspauschalen ab 2007**

Das BMF hat sich im Schreiben vom 31.8.2009 – IV C 5 – S 2351/09/10002 – ausführlich zu den praktischen Auswirkungen des Gesetzes zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale (BGBl. I 2009, 774) geäußert und durch Praxisbeispiele erläutert, so z. B. auch bei Fahrgemeinschaften, bei Benutzung verschiedener Verkehrsmittel, mehreren Wegen an einem Arbeitstag oder bei mehreren Dienstverhältnissen oder bei doppelter Haushaltsführung.

Volltext des Schr.: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-2003-6 unter www.betriebs-berater.de

Gesetzgebung**EU-Kommission: Bericht über****Steuerruckforderungen angenommen**

Die EU-Kommission hat am 4.9.2009 einen Bericht über das Übereinkommen bei der gegenseitigen Unterstützung von Steuerruckforderungen angenommen. Die Beitreibung der Steuerforderungen betrifft bestimmte Angaben, Zölle, Steuern und weitere zwischen 2005 und 2008 festgesetzte Maßnahmen. Laut Statistik steigen die Beträge anrechenbarer Steuern, die durch die gegenseitige Unterstützung zwischen den EU-Mitgliedstaaten als erstattungsfähig anerkannt wurden. Die Beträge stiegen sogar um das Sechsfache zwischen 2003 und 2008. Dennoch weisen die bisher erstatteten Beträge eine erstaunlich niedrige Rate im Verhältnis zu der von den Mitgliedsländern geforderten Erstattung auf.

(PM EU-Kommission vom 4.9.2009)

Ständige Mitarbeiter im Steuerrecht: RA StB Dr. Stefan Behrens, Frankfurt a. M.; Dipl.-Kfm. StB Oliver Dorfner, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. W. Christian Lohse, Vorsitzender Richter am FG München a. D.; Dipl.-Kffr. StBin Martina Ortmann-Babel, Stuttgart; Dr. Jürgen Schmidt-Troje, Präsident des FG Köln a. D., Köln; Prof. Dr. Roman Seer, Bochum; StB Dr. Andreas Söffing, Frankfurt a. M.; Dr. Roland Wacker, Richter am BFH, München; Dipl.-Kfm. StB Lars Zipfel, Stuttgart